

Beschluss
Des Landeshauptausschusses der FDP Baden-Württemberg
Am 27. Oktober 2007 in Salem

FDP/DVP gegen ein bundesweites Zentralabitur

Die FDP/DVP Baden-Württemberg begrüßt die Vereinbarung von Bildungsstandards beim Abitur durch die Kultusministerkonferenz. Diese waren eine jahrelange Forderung der FDP/DVP, damit ein Umzug von einem Bundesland in ein anderes nicht zu einem Bildungshindernis wird. Die Kultusministerkonferenz hat die Anerkennung von Bildungsabschlüssen über Jahre verschlafen.

Die FDP/DVP will seit Jahren diese Anerkennung der Bildungsabschlüsse durch die Bundesländer. Alles andere können und sollen die Länder vor Ort für sich regeln - ohne neue zentralistische Bildungsbürokratie in Berlin. Das ist gelebter Wettbewerbsföderalismus.

Deswegen wehrt sich die FDP/DVP entschieden gegen die von Kultusminister Rau nach der Vereinbarung der KMK geäußerte Einschätzung, dass diese der erste Schritt in Richtung eines bundesweiten Zentralabiturs sei. Bürokratische Regulierung bringt nichts. Die Politik muss sich am Interesse der Schülerinnen und Schüler orientieren - und dies ist mit den Bildungsstandards erreicht. Schule ist Ländersache, Schule muss Ländersache bleiben. Wir Liberale fordern mehr Selbstständigkeit für die Schulen vor Ort. Bildungsziele müssen klar definiert sein, den Weg müssen die Schulen jedoch selbst bestimmen können.

Eine Forderung des baden-württembergischen Kultusministers nach einem bundesweiten Zentralabitur ist eine Abkehr von der bisherigen Schulpolitik des Landes und wird von der FDP/DVP entschieden abgelehnt. Der Kultusminister vertritt mit dieser Position nicht die Haltung der Regierungskoalition insgesamt.